16. Wahlperiode 08. 03. 2006

Antrag

der Abgeordneten Bärbel Höhn, Ulrike Höfken, Cornelia Behm, Undine Kurth (Quedlinburg) und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Verbot der Käfighaltung für Legehennen ab 2007 beibehalten

Der Bundestag wolle beschließen:

Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Durch die Erste Änderung der Tierschutz-Nutztierhaltungsverordnung vom 28. Februar 2002 wurde die Batteriekäfighaltung von Legehennen verboten und eine artgerechte Haltung von Legehennen vorgeschrieben. Damit wurde endlich den grausamen, tierquälerischen Haltungsbedingungen von Millionen von Legehennen ein Ende gesetzt. Die Neuregelung entspricht sowohl dem Grundsatzurteil des Bundesverfassungsgerichts zur Verfassungswidrigkeit der Batteriekäfighaltung als auch dem Willen der Verbraucherinnen und Verbraucher, die die Käfighaltung zu über 80 Prozent ablehnen.

Nun droht jedoch die Wiedereinführung der Käfighaltung durch die Hintertür. Die Bundesländer Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen und Mecklenburg-Vorpommern beabsichtigen, im Bundesrat die Zulassung von Kleinvolieren-Käfigen mit einer Höhe von zirka 50 cm und einer Fläche von lediglich 850 cm² pro Huhn zu beantragen. In solchen Käfigen würden die Hennen wieder auf engstem Raum zusammengepfercht. Dem einzelnen Tier bliebe nur geringfügig mehr Fläche als auf einem DIN A4-Blatt. Für artgerechte Verhaltensweisen wie Flattern und Aufbaumen fehlt in diesen Kleinvolieren-Käfigen der Raum. Kleinvolieren-Käfige sind mit den Grundsätzen des Tierschutzes und einer artgerechten Tierhaltung in keiner Weise zu vereinbaren. Den Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts werden sie nicht gerecht.

Der Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

- 1. an dem Verbot der Käfigbatteriehaltung in der bestehenden Form festzuhalten;
- 2. die bestehenden Fördermöglichkeiten für den Übergang von der Käfigbatteriehaltung zu artgerechten Haltungsformen von Legehennen uneingeschränkt fortzuführen;
- 3. sich auf europäischer Ebene für ein baldiges EU-weites Verbot von Käfigbatterien für Legehennen einzusetzen.

Berlin, den 8. März 2006

Renate Künast, Fritz Kuhn und Fraktion

